

# Wolfswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: 1/24 Seite 3,75, 1/12 Seite 7,50, 1/6 Seite 15,—, 1/3 Seite 30,—, 1/2 Seite 60,—, 1/1 Seite 120,—, 1 ganze Seite 240,—. Klein. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gepaltene mm Seite 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 7. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Rattow, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Rattow, Beatestraße 29 (ul. Roscuszki 29). Postfachkonto B. R. O., Filiale Rattow, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Rattow: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Rußland lehnt die Vermittlung ab

Auch Japan gegen die amerikanische Intervention — Rußland besteht auf Erhaltung seines Ultimatums — Japans Warnung an China

**Kowno.** Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Außenkommissar Karachan die französische Vermittlung, die im amerikanischen Auftrage zur Beilegung des russisch-chinesischen Streitfalles erfolgte, abgelehnt.

**New York.** Der französische Botschafter übergab am Montag abend Staatssekretär Stimson die Antwort der Moskauer Regierung auf den Vermittlungsschritt. Die Antwort ist höflich aber ausweichend gehalten.

### Japan erkennt amerikanische Vermittlung nicht an

**Tokio.** Der stellvertretende japanische Außenminister hat am Montag die Vertreter der japanischen Presse empfangen und ihnen mitgeteilt, daß die japanische Regierung von dem amerikanischen Vermittlungsschritt im russisch-chinesischen Streit nicht unterrichtet sei. Der japanische Botschafter in Washington habe keine Verhandlungen mit Staatssekretär Stimson über ein Vorgehen zur Lösung dieses Streites geführt.

Diese Erklärung hat in diplomatischen Kreisen Tokios großes Aufsehen erregt, da man sie als amtliche Ablehnung der amerikanischen Vermittlung ansieht.

### Japanische Warnung an China

**Tokio.** Die japanische Presse bringt eine amtliche Mitteilung des japanischen Ministerpräsidenten über den russisch-chinesischen Streitfall. Die japanische Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um einen militärischen Zusammenstoß zwischen China und der Sowjetunion zu verhindern. Die Regierung wolle sich nicht in den Streit um die chinesische Ostbahn einmischen. Es sei nicht denkbar, daß die Nanjingregierung unüberlegte Schritte gegenüber der südmandschurischen Eisenbahn unternehmen werde, die in der Nordmandschurei unternommen werden. Sollte die Nanjingregierung einen solchen Schritt wagen, so werde die japanische Regierung eingreifen. Der chinesische Gesandte erklärte

Pressvertretern, daß seine Regierung keine Kündigung der Verträge mit Japan beabsichtige.

### Rußland besteht auf Erfüllung des Ultimatums

**Kowno.** Wie aus Moskau gemeldet wird, teilte am Montag das Außenkommissariat der Sowjetunion folgendes mit: Da sich die politische Lage im Fernen Osten stark verschlechtert hat, hat der französische Außenminister Briand in Paris den sowjetrussischen Botschafter empfangen und ihm erklärt, daß Frankreich sich für eine Vermittlung in dem russisch-chinesischen Streit zur Verfügung stelle. Gleichzeitig hat der französische Botschafter in Moskau, Herbetie, dem stellvertretenden Außenkommissar der Sowjetunion, Karachan, mit, daß die Sowjetregierung der französischen Regierung für ihre Mühe, den Streit beizulegen, danke, leider aber die Vermittlung ablehnen müsse. Jede Vermittlung in dieser Frage sei vollkommen zwecklos, so lange die chinesischen Behörde die Beschlagnahme der chinesischen Ostbahn nicht aufgeben. Der Streit könne nur dann beigelegt werden, wenn die chinesische Regierung das russische Ultimatum vom 13. Juli erfüllte. Die Sowjetregierung werde jedoch im Interesse des Friedens keine kriegerischen Maßnahmen gegen China ergreifen, da sie den Interessen des Weltfriedens dienen wolle.

### Kellogg über den Ostbahnstreit

**London.** Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg traf am Montag in Washington ein, um an den Feierlichkeiten zur Inkraftsetzung des Kelloggpattes am Mittwoch teilzunehmen. Er erklärte bei seiner Ankunft, daß die aus der Beschlagnahme der chinesischen Ostbahn durch die Nanjingregierung ersiehende Lage ernst sei. Da aber in erster Linie wirtschaftliche Fragen zur Aussprache ständen, bilde die ganze Streitfrage einen durchaus geeigneten Fall für die schiedsgerichtliche Regelung.



### Reichskanzler Müller schwer erkrankt

Reichskanzler Hermann Müller, der in Bad Mergentheim plötzlich an einer eitrigen Gallenblasenentzündung erkrankte, mußte sich am Sonntag in Heidelberg einer Operation unterziehen. Der Zustand des Kanzlers, wird von den behandelnden Ärzten als sehr ernst bezeichnet.

## Henderson über den „Ausgleichs- und Feststellungsausschuß“

England macht nicht mit

**London.** Außenminister Henderson erwiderte auf Anfrage des Abgeordneten Wise im Unterhause, daß die Regierungen Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und Groß-Britanniens an die im vergangenen September in Genf getroffene Vereinbarung über die beabsichtigte Bildung eines Ausgleichs- und Feststellungsausschusses im Rheinland gebunden seien. Die Schaffung eines solchen Ausschusses sei von der französischen Regierung im Anschluß an die Räumung des Rheinlandes vorgeschlagen worden. Seine Zusammenziehung, sein Aufgabentkreis und seine Dauer seien Gegenstand späterer Verhandlungen. In dieser Hinsicht habe sich die britische Regierung nicht gebunden gefühlt

und sie beabsichtige auch nicht das zu tun, bevor die internationale Konferenz zusammentrete.

Die Absicht gehe dahin, daß Deutschland in diesem Ausschuß in gleicher Weise vertreten sein solle wie die übrigen beteiligten Mächte.

### Deutscher Einspruch gegen Brüssel

**Berlin.** Wie der „Vorwärts“ meldet, wurde von deutscher Seite gegen den Vorschlag, Brüssel als Konferenzort zu wählen, Einspruch erhoben. Die englische Regierung habe sich von neuem für London eingesetzt.

## Die Lage an der mandschurischen Grenze

**London.** In Schanghai waren am Montag nachmittag Gerüchte über weitere Zusammenstöße an der sibirisch-mandschurischen Grenze verbreitet, an denen russische Flugzeuge und chinesische Infanterie beteiligt gewesen sein sollen. Eine Befestigung von anderer Seite liegt nicht vor.

Die Entwicklung des Vermittlungsschrittes der Mächte hat inzwischen die Befürchtungen über kriegerische Zusammenstöße an der Grenze stark in den Hintergrund treten lassen. In allen Hauptstädten wird starke Zuversicht über den schließlichen Erfolg des Vermittlungsschrittes gezeigt. Wie es scheint, ist in Washington die Haltung der Sowjetregierung im Gegensatz zu der der Nanjingregierung angenehm aufgefallen, da man die Bereitschaft der Sowjetregierung, die amerikanische Vermittlung anzunehmen, für stärker hält als die der Chinesen.

Reuter verbreitet Mitteilungen aus verschiedenen chinesischen Städten, wonach die Nanjingregierung ihre militärischen

Pläne für die Abwehr etwaiger russischer Angriffe inzwischen vervollständigt. Gleichzeitig wird behauptet, daß in der Mandschurei ein russischer Geheimverband aufgedeckt worden sei, dessen Ziel die Zerstörung der chinesischen Ostbahn war.

### Kujbischew, Oberbefehlshaber der Sowjetstreitkräfte

**Kowno.** Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Kriegs- und Revolutionsrat der Sowjetunion den ehemaligen Oberbefehlshaber im Moskauer Militärbezirk, Kujbischew, zum Oberbefehlshaber sämtlicher Streitkräfte der Sowjetunion ernannt. Kujbischew ist in Blagoweschtskensk eingetroffen und hat die Leitung der sowjetrussischen Streitkräfte übernommen.

Kujbischew war Offizier in der russischen alten Armee und ist im Jahre 1917 zu den Bolschewisten übergegangen.

## Recht oder Vergeltung?

Heut, Dienstag, beginnt der Prozeß gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, Otto Ullrich, der angeklagt wird, Beihilfe zur Desertation betrieben zu haben. Die Anklage selbst hat eine Sensation hervorgerufen und heute kann man sagen, daß sie die weiteste Öffentlichkeit, weit über die Grenzen Polens hinaus beschäftigt. Für das Delikt sieht das Gesetz nur eine Strafe von 6 Monaten bis 2 Jahren vor und doch ist die Art des Prozesses derart aufgeblasen, daß es nach dem bisherigen Verlauf der Pressenachrichten den Anschein erweckt, als wenn es sich um ein Verbrechen handeln würde, bei welchem der polnische Staat sich eben durch die Aufdeckung des Ullrich-Verbrechens vor seinem völligen Untergang gerettet hätte. Das ist eigentlich das kritischste Moment in diesem ganzen Aufzug, der jetzt zum gerichtlichen Drama wird. Es kann unsererseits ruhig die Behauptung aufgestellt werden, daß gewisse Stellen aus diesem Prozeß erst eine Staatsensation bereitet haben, denn das Delikt, welches hier zur Beurteilung kommt, ist so unbedeutend, wiederholt sich im polnischen Staat so oft, und an solchen Delikten sind oft Offiziere und militärische Helfer beteiligt, ohne daß man in der Presse auch nur die geringste Notiz davon nimmt, wenn durch irgend welche Affären junge Menschen, polnische Staatsbürger, dem Militärdienst entzogen werden. Warum gerade in der Angelegenheit Ullrich die Dinge so auf die Spitze getrieben wurden, wird erst dann klar, wenn man so nebenbei die Tatsache feststellt, daß Ullrich, der ehemalige Abgeordnete zum Schlesischen Sejm, auch gleichzeitig Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes ist und als solcher die Vertretung der Interessen der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien auf sich genommen hat und als Wahrer der Rechte dieser deutschen Minderheit gegenüber dem polnischen Staat, sogar oft gezwungen war, sich an den Völkerbund zu wenden.

Der Deutsche Volksbund ist in den Augen der polnischen Chauvinisten eine Institution, welche angeblich den Interessen des poln. Staates entgegenarbeitet und es ist verständlich, daß man über diese Institution selbst die Menschen treffen will, die in ihr wirken und mit ihr verbunden sind. Wer aber in diesem Prozeß die Person des Geschäftsführers Ullrich treffen will, der muß es auch auf sich nehmen, daß er durch die Beschuldigung dieser Person auch gleichzeitig die deutsche Volksgemeinschaft trifft und wir glauben in diesem Falle ohne Unterschied der Parteien und









